

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Hugo Schickel, Dresden, Brühl 10. Drucker: H. G. G. & Co., Dresden, Brühl 10.

Abonnementpreis: 6.00 M. jährlich, 0.50 M. monatlich. Einzelnummer 30 Pf.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kopfzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 8-spaltige Kopfzeile 1.50 M.

Nr. 186

Dresden, Freitag den 13. August 1920

31. Jahrg.

Die entzweiten Herrenmeister

Seltener ereignet sich für die Öffentlichkeit ein französisch-englischer Konflikt. Er entstand aus dem antipolnischen Problem. Die französische Regierung hat den antipolnischen General Wrangel als Agenten von Russland anerkannt und gleichzeitig ihre Beamten in England angelesen, mit Kamenev und Krasin, den Vertretern der Sowjetrepublik, nicht zu verhandeln.

Trotz allem Quäl, den diese Affäre um sich verdrängt, kann von vornherein probiert werden, daß sie sehr bald beigelegt sein wird. England und Frankreich sind infolge der gegenwärtigen Weltwirren zu sehr aufeinander angewiesen, als daß sie einen entzweiten Bruch riskieren könnten.

Schon nach dem Frieden von Versailles zeigten sich die Interessenverschiedenheiten innerhalb des gegnerischen Blocks. Interessensverschiedenheiten, die zum Teil schon vor dem Weltkrieg vorhanden waren und nur in veränderter Form wieder auftraten. Die Italiener, die die Adria zu einem italienischen Meer machen möchten, stoßen schon in der balkanischen Frage mit den Südslaven zusammen, doch albanische Probleme ganz abgesehen. Frankreich wiederum ist der Gegenspieler Italiens im Mittelmeer und in Nordafrika.

Nachdem Amerika schon voriges Jahr erklärt hat, sich in die inneren russischen Angelegenheiten nicht einzumischen zu wollen, nachdem Italien sich an den Entente-Verhandlungen überhaupt nicht mehr beteiligt und dafür seine Neigung, sich mit Sowjetrußland zu verständigen, immer stärker hervorgezeigt hat, vermag auch England dieses Ruhebedürfnis seiner Bundesgenossen nachzufühlen.

Die Entzweitung der französischen und englischen Herrenmeister, die sich vermehren, den europäischen Weltmarkt durch militärische Hauberkformeln nach ihrem Schema zu entwirren, wird schon deswegen nicht lange dauern, weil die Grenzen ihrer Macht gerade im Osten zu nachdrücklich sichtbar werden. Die einseitige Hilfe, die Polen bisher gebracht werden konnte, bestand in Munition, französischen Offizieren, Kriegsmaterial und jenem mächtigen moralischen Zuspruch, der bekanntlich am wenigsten kostet.

teil binnen kurzer Zeit das Schicksal seiner Vorgänger Krassavsk und Denikin, deren Armeen bald auseinanderzulaufen, teilten.

Für Deutschland ergibt sich aus dem französisch-englischen Zwischenspiel ein Trost und eine Hoffnung, die wir zu bringend brauchen. Die Hoffnung nämlich, daß die Zeit für uns arbeitet und daß man auch in Paris und London in vielerlei nicht mehr zu fernem Zeit einsehen wird, wie notwendig eine Verständigung nicht nur mit Rußland, sondern auch mit Deutschland ist, denn die vom Weltkrieg angeführten Probleme sind mit dem Schwert allein nicht zu lösen.

Konferenzen und kein Ende

Amsterdam, 12. August. Nach einer Londoner Meldung des Telegram hat Lloyd George gestern Abend eine Audienz beim König. Der Premierminister wird seine Weisung nach der Schweiz wahrscheinlich ausgeben.

Nach dem Morning Post wurde der französische Geschäftsträger gestern Abend nach dem Foreign Office gebeten, wo er eine längere Unterredung mit Lord Curzon hatte. Das Blatt glaubt, in einigen Tagen werde eine neue Begegnung zwischen Mitterand und Lloyd George entweder in Brüssel oder in England stattfinden.

Die Note der französischen Regierung an General Wrangel, worin dessen Regierung anerkannt wird, war von Mitterand vorbereitet und vom Kabinett genehmigt.

Henderson in Paris

Paris, 13. August. Nach dem gestern vormittag erfolgten Besuch Hendersons am Quai d'Orsay und seiner Unterredung mit dem französischen Generalkonsole des Auswärtigen Amtes wird folgende Einzelmitteilung gegeben: Der englische Vorkonfliktige Henderson hat heute Morgen dem Generalkonsole des Auswärtigen Amtes einen Brief geschrieben, um ihm eine Mitteilung seiner Regierung zu überreichen.

Die polnische Friedensdelegation

Warschau, 13. August. Im Laufe der heutigen Arbeit werden beide polnischen Parlamentäre hier zurückgerufen, die

geheim zwecks einer Beratung des Erbes und der Zeit der kommenden Friedensverhandlungen sich an die russische Front begeben haben und von denen bis jetzt der lichten Regierung keinerlei Mitteilungen zugegangen sind. Sollten sie heute noch zurückkommen, über günstige Nachrichten hierher gelangen, so wird in der Nacht oder morgen früh die polnische Friedensdelegation verabschiedet unter Führung des polnischen Unterstaatssekretärs Dabisi vom Kaiser mit nach Wien abreisen.

Der Außenminister Rząbiński erklärte heute vor Vertretern der ausländischen Presse, die Entschliebung habe sich vor in Form einer verschärften Blockade Rußlands und der Verjagung der polnischen Waffen mit Munition. Ferner führte er aus, Polen werde auf einen Kapitalmarkt leben unter keinen Umständen einsehen. Die Friedensbedingungen müßten für Polen ehrenhaft sein. Polen sei bereit, sich mit keiner anderen graphischen Wange zu verbinden, jedoch dürfe die Festlegung dieser Grenzen auf Schwierigkeiten stoßen. Er erwähnte dabei als Beispiele Bismarck mit seiner sichern polnischen Majorität.

Befreiung vom englischen Sabelmonopol

Berlin, 13. August. Die zwischen der Reichspostverwaltung und der amerikanischen Postgruppe beschlossene Vereinbarung aller telegraphischen Verbindungen bedeutet einen sehr wesentlichen Schritt für die Wiederherstellung unserer weltweiten und politischen Beziehungen zur ganzen Welt und den ersten Schritt zur Abkehr vom englischen Sabelmonopol im Verkehr mit Amerika.

Russische Gewaltpläne

Moskau, 13. August. Die Womaba schreibt: Dem Polen soll nie immer vernichtet werden. Er werden ein rotes Heer hier aufstellen und in Polen die Sowjetrepublik proklamieren, die unter Bundesgenossen sein wird. Es ist unsere Pflicht, den kriegsreifen Desarmierten zurückzuführen, bis Polen vollständig unterlegen ist.

London, 13. August. Den Times zufolge sind die Pläne für Einigung einer Katechese in Warschau fertig ausgearbeitet. In Warschau redet man bestimmt mit der Polarisierung Polens noch im Laufe einer Woche. In kommunistischen Kreisen in man der Ansicht, daß Lenin im Falle einer Einigung aufherstehen würde, die dem Vorkriegsstand der roten Truppen auf Warschau anzuhaltten. Kamenev und Krasin rechnen damit, daß die bolschewistische Abordnung in London nach dem Fall Warschaws alsbald den Befehl zur Abreise bekommen würde.

Drohung der englischen Eisenbahner

London, 13. August. Die englischen Eisenbahner haben dem englischen Premier eine Entschliebung zugekommen lassen, daß die achtente britische Eisenbahn die Arbeit sofort einstellen werde, sobald das Ministerium einen neuen Krieg gegen Rußland beschwört.

Sozialdemokratie und Staat

Von Heinrich Cunow

Der durch die deutsche Revolution hervorgerufene Übergang des alten Obrigkeitsstaates mit seinem Beamten- und Polizeipersonal in einen auf dem allgemeinen Volkswillen beruhenden demokratischen Volksstaat und die in weiterer Folge sich daran anschließende Umgestaltung des inneren Staatslebens bedingten, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in dem von ihr geplanten neuen Parteiprogramm in der Umgestaltung der Verfassungs- und Verwaltungsfrage sowie den inneren Organisationsfragen des Staates Stellung nehmen muß, als das im Erfurter Programm geschehen ist. Schon Friedrich Engels hat in seiner Kritik des Erfurter Parteiprogramms (1891) geschrieben, aber erst Oktober 1901 im 20. Jahrgang, 2. Band der Neuen Zeit veröffentlicht) gerügt, daß die politischen Forderungen dieses Programms nicht enthalten, was „eigentlich gesagt werden sollte“, besonders fehlte jede nähere Angabe über die zu erstrebende Staats- und Verfassungsform.

War das schon 1891, dem Entstehungsjahr des Erfurter Parteiprogramms, ungewiss, was ein Wandel, so nach dem mehr heute, nachdem inzwischen in Deutschland das parlamentarische System zur Herrschaft gelangt ist und der fortschreitende Revolutionsprozess auch jene Klassen und Schichten, die der alte Obrigkeitsstaat von der tätigen Mitwirkung an der Staatsverwaltung ausgeschlossen hatte, zur Mitwirkung herangezogen hat. Zudem erfordert die große Aufgabe, die durch den Krieg in Deutschland herbeigeführten traurigen Wirtschaftszustände zu beseitigen und Deutschland wieder zu einer maßgebenden, seiner kulturellen Entwicklung entsprechenden Stellung in der Weltwirtschaft zu verhelfen, die Vereinigung der ganzen Volkstrait zu gemeinsamen Schaffen und Handeln. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber dringend nötig, daß die sozialdemokratische Arbeiterklasse sich weit mehr als bisher des Zusammenhanges ihrer Lebensinteressen mit dem Staatsbetriebe bewußt wird, daß sie die alte, überlebte Staatsform, die in dem Staat nur ein feindliches, energisch zu bekämpfendes Gebilde sah, aufgibt und die Demokratisierung des Staatsbetriebs als ein Mittel betrachtet, durch das sie nicht bloß zu einer mächtigeren politischen Rechtsstellung zu gelangen vermag, sondern das auch allein die Gewähr für die vollständige Durchführung sozialistischer Einrichtungen bietet.

Noch ein anderer Grund drängt dazu, in dem neuen Programm dem Gedanken der Sozialdemokratie zum Parteiprogramm, (Verlag: Hugo Schickel, Dresden, Brühl 10.)

grann die Stellung der Arbeiterklasse zum Staat und zu den Staatsformen näher zu präzisieren; die Aufgabenstellung, welche jene demokratisch-sozialistische Lehre seitwärts auch in der deutschen Arbeiterklasse gefunden hat, daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht auf demokratischem Wege, also nicht durch die Wahlung einer allgemeinen Volksversammlung, erfolgen könne, sondern nur durch Zerschlagung des Staates und Ausrufung einer proletarischen Diktatur. Dieser Lehre gilt es, im neuen Programm offen das Bekenntnis zur Demokratie entgegenzusetzen und diese als jene Regierungsform zu bezeichnen, auf deren Grundlage allein die Fortentwicklung zum Sozialismus als einer organisierten Gemeinshaftsdarstellung im Dienste der Gemeinschaft möglich ist.

Dies Bekenntnis zur Demokratie steht nicht, wie die Anhänger der Diktatur in falscher Auslegung des bekannten Marxschen Ausspruchs von der „Diktatur des Proletariats“ behaupten, im Gegensatz zu den beiden Grundsätzen des Sozialismus, zu Karl Marx und Friedrich Engels, sondern im Gegenteil in voller Übereinstimmung mit ihrer Auffassung des Entwicklungsganges des Sozialismus. Schon in den größtenteils von ihnen verfaßten Kommunistenberichten an die sozialistische Internationale über die Teilbereitschaft Michael Bakunins und seiner „Allianz der sozialistischen Demokratie“ wendeten sich Marx und Engels energisch gegen den von Bakunin vertretenen und selbst von Lenin wieder aufgenommenen Gedanken (besonders in seiner Schrift „Staat und Revolution“), es müsse nach einer proletarischen Revolution die erste Aufgabe des in den Besitz der Macht gelangten Proletariats sein, den Staat zu zerschlagen, das heißt die Staatseinrichtungen zu zerstören und an die Stelle der bisherigen Regierungsform vom Proletariat eine über einmütige diktatorische Ausschüsse (Räte) und Volksorgane zu setzen. Auch anderswo haben beide, sowohl Marx als Engels, wiederholt die Ansicht ausgesprochen, die rein demokratische Staatsorganisationsform sei eine notwendige Vorbedingung für die Durchführung des Sozialismus. So heißt es zum Beispiel schon im „Kommunistischen Manifest“:

Wir haben schon oben, das der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erfüllung der Demokratie ist.“ Ferner sagt Engels in seiner Kritik des Erfurter Parteiprogramms (Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band): „Wenn etwas fehlt, so ist es das, daß die Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.“

Vertical advertisements on the left margin including 'Eisfeld', 'Melling', 'Kirok', and 'Relief'.